

Pandemie – Maßnahmen und Folgen Beschleuniger Globaler Ungleichheit und Verletzung der Menschenrechte

Prof. Dr. Tanja Kleibl & Prof. Dr. Ronald Lutz

Das Virus kam, um zu bleiben. Die Welt wurde dadurch eine andere; vor allem ausgelöst durch die Folgen und Maßnahmen, die zur Eindämmung der Pandemie eingeführt wurden. Inzwischen leben wir mit dem Virus und beginnen uns zudem mit weiteren Katastrophen wie den Folgen des sich beschleunigenden Klimawandels und dem menschenverachtenden Krieg Russlands gegen die Ukraine zu arrangieren. All das hat Auswirkungen auf Globale Ungleichheit und auf die Verletzung von Menschenrechten. Dies soll am Beispiel der Pandemie und ihrer sozialen und ökonomischen Folgen kurz reflektiert werden.

1. Leben mit dem Virus und anderen Katastrophen

Die Pandemie breitete sich als Krise rasend über die Welt aus, sie brachte vieles immer wieder zum Stillstand, verursachte Leid und Angst, veränderte bestehende Strukturen, offenbarte die Probleme, die mit den Prozessen der Globalisierung und der imperialen Lebensweise des Globalen Nordens zusammenhängen [1]. Ihre Folgen und die Auswirkungen der Maßnahmen zur Eindämmung produzierten Verlierer und Gewinner in einer bisher nie da gewesenen Selektion und Intensität.

Es ist inzwischen eine Verschärfung sozialer und globaler Ungleichheit zu identifizieren, die ohnehin Benachteiligte und Vulnerable noch mehr an den Rand der Gesellschaften drängte. Als historisch beispiellos begriffen, da sie eine völlig neuartige gesellschaftliche Erkrankung darstellte, ist sie in ihren Wirkungen bis heute völlig unwägbar, da deren soziale und ökonomische Folgen weiterhin andauern.

Sie gilt zudem als Mahnmal, dass wir Menschen im Anthropozän den Bogen überspannt haben und die Natur, die wir weiterhin als Objekt und Mine für unseren Wohlstand ausbeuten, nun „zurückschlägt“ [2]. Die aktuellen Katastrophen intensivieren diese Entwicklungen noch einmal, die Situation wird noch fragiler und volatiler. Das hat und kann noch weitere tiefgehende Auswirkungen auf die weltpolitische Lage haben.

Albrecht von Lucke hatte schon 2020, am Beginn der Pandemie, scharfsinnig und offen thematisiert, was angesichts der aktuellen Bedrohungslagen noch mehr an Gewicht erhält: „Die Coronakrise hat (...) das Potenzial, die weltpolitische Lage fundamental zu verändern, nämlich das Verhältnis von Diktatur und Demokratie radikal zugunsten der Autokraten zu verschieben“ [3]. Darin wird auch deutlich, dass den Folgen der Pandemie und anderer Katastrophen nicht mehr national begeg-

net werden kann: Maßnahmen im Nationalen Container genügen nicht; Reaktionen und Bewältigungsversuche erfordern eine internationale Anstrengung und Solidarität sowie ein „planetares Denken“ [4].

Die sozialen und individuellen Katastrophen sowie nachvollziehbare Schockzustände sollten auch nicht dazu führen, dass wir über diese plötzlichen Ausbrüche erstaunt sind. Maja Göpel hat in ihrem Buch „Unsere Welt neu denken“, das vor der Krise entstand, bereits schonungslos darauf hingewiesen, dass wir schon länger, insbesondere angesichts der Bedrohungen und Zumutungen des Klimawandels und des andauernden am ökonomischen Wachstum orientierten Neo-Imperialismus, damit konfrontiert sind, dass die Epoche, in der wir uns eingerichtet haben, tatsächlich einmal enden oder sich zumindest grundlegend ändern könnte [5]. Genau dies wird jetzt angesichts der Folgen der Pandemie, des Klimawandels und mehreren Vernichtungskriegen noch einmal verschärft.

Längst hat sich ein Gefühl von Zeitenwechsel in die Wahrnehmung eingeschlichen. Unsere Gegenwart wirkt zerbrechlich. Das Vertrauen in eine offene und gute Zukunft weicht der Sorge um sie. Göpels Diagnose ist zwar hart, aber deutlich, da sie die prinzipielle Krisenhaftigkeit unserer Moderne, die auf dem Funktionieren der kapitalistischen Paradigmen, ökonomischem Wachstum und Ausbeutung von Natur und Mensch basiert, schonungslos auf den Begriff bringt: „Wir ahnen, dass wir vor immensen Umwälzungen stehen: Das, was einmal sein wird, lässt sich mit dem, was gerade noch war, immer weniger erklären, Selbstverständlichkeiten und Patentrezepte lösen sich auf“ [6].

Das alles sollte nicht wirklich überraschen, da Krisen in kapitalistischen Gesellschaften nichts Außergewöhnliches sind, sie sind sogar das „Geschäft des Kapitalismus“ [7], den Fraser inzwischen als „kannibalisch“ diagnostiziert [8]. Irgendwie kommt man als Betrachter:in (und Betroffene) deshalb nicht daran vorbei, dass wir seit dem Beginn der Pandemie (beschleunigt durch Klimawandel und Krieg) Zeug:innen „eines multiplen Systemschocks“ sind, der „Schwächen und Verwundbarkeiten“ auf vielen Ebenen bloßlegt. Die Folgen sind schon jetzt (April 2023) verheerend und niemand kann vorhersagen, wie tiefgreifend die ausgelösten Veränderungen noch sein werden.

Schon das Auftreten des Virus hatte Auswirkungen auf das Gefühl und auf das Denken, es wurde zum Symbol einer sich weiter polarisierenden Gesellschaft, national und international. Vielfach wird inzwischen davon gesprochen, dass sie wie ein Brennglas wirkte und Schwächen und Probleme verdeutlichte; doch sie ist zudem ein

„Vergrößerungsglas“, da sie bestehende Trends sozialer und vor allem globaler Ungleichheit verschärfte.

2. Globale Ungleichheit

Globale Ungleichheit muss als historisch gewachsenes Phänomen von Kolonialismus, Imperialismus und Kapitalismus verstanden werden, die allesamt ungleiche Verwirklichungschancen im Norden und im Süden und innerhalb der Gesellschaften zur Folge hatten [9]. In den damit verbundenen ausbeuterischen Verhältnissen dominierte der Globale Norden den Globalen Süden, schuf ihn dadurch sogar. Dies wurde als „koloniale Verwandlung der Welt“ beschrieben [10]. Ausbeutungsprozesse und Hegemonie verschwanden nicht mit den Prozessen der Dekolonialisierung. Unter deren Bedingungen formierte sich hingegen eine neoliberale und ökonomische Globalisierung mit veränderten Ausbeutungs- und Abhängigkeitsstrukturen, die jenseits des Kolonialismus weiterhin Formen globaler Ungleichheit bedingen und verfestigen [11].

Es sind schlicht die jeweiligen sozialen und ökonomischen Kontexte, die Chancen befördern oder verhindern oder diese verfestigen und zu noch größeren Spaltungen führen, wie in vielen Regionen des Globalen Südens [12]. Es bildete sich das heraus, was als „imperia le Lebensweise“ beschrieben wird, indem der Globale Norden sich zur Absicherung eines breiten Wohlstandes an den ökologischen und sozialen Ressourcen des Globalen Südens weiterhin bereichert [13].

Das Ineinandergreifen dieser vielfältigen Prozesse führt zu einer stetig wachsenden Globalen Ungleichheit, die auf den nationalen und globalen Kontext wirkt bzw. erst aus dessen Verflechtungen heraus erklärbar wird. Dies zeigt sich in einer Fülle von Benachteiligungen und Ausbeutungen, von einer hohen und mitunter auch absoluten Armut erkennbar über unzureichende Ernährung oder fehlenden Zugängen zu sauberem Wasser und sanitären Einrichtungen bis hin zu einer schlechten medizinischen Versorgung sowie einer noch immer nicht vorhandenen Bildung für alle [14]. In diesem Kontext wachsender Globaler Ungleichheit wirkte die Pandemie als Beschleuniger. Covid-19 ist eine globale Krise, und wir können die Verbreitung des Virus nur in globaler solidarischer Zusammenarbeit bewältigen.

3. Pandemie als Beschleuniger Globaler Ungleichheit

Das Corona-Virus und die Maßnahmen zu seiner Eindämmung verschärfen zum einen in den Ländern des Globalen Südens Ungleichheiten, vergrößerten zum anderen aber auch das Gefälle der Nationen untereinander und trugen zur Verschärfung globaler Ungleichheit bei. Während die Länder des Nordens, trotz der auch hier steigenden sozialen und ökonomischen Probleme, sich vor allem im Wettbewerb um Schutzmaßnahmen befanden, waren die Menschen in den Ländern des Südens der Pandemie schutzloser ausgeliefert.

Die Länder des Südens wurden, im Vergleich mit dem Norden noch ärmer, der Graben zwischen Nord und Süd wurde noch tiefer. Die Krise traf die Verwundbarsten massiv. Hilfsorganisationen wie Brot für die Welt oder Misereor wiesen von Anfang an darauf hin, dass evtl. mehr Menschen an den Folgen der Ausgangssperren und anderer Maßnahmen sterben, die es auch im Süden vielfach gab, als durch das Virus selbst, das sich vor allem in den Slums und Favelas ausbreitete, also in der ärmeren Bevölkerung. Gerade diese „Wohnorte“ im Globalen Süden waren nicht auf das, was kam, vorbereitet. Hier fehlte es an allem: sauberem Wasser, Infrastruktur und medizinischer Versorgung. Die Folgen sollen an wenigen Beispielen erläutert werden.

In Indien verhängte der Premier Narendra Modi kurz nach dem Ausbruch eine dreiwöchige Ausgangssperre über das ganze Land. In der Umsetzung verloren Millionen Wanderarbeiter:innen ihre Jobs und somit auch ihre (zum Teil gar nicht vorhandenen) Unterkünfte. Diese Menschen hatten keinerlei finanziellen Polster, sie standen am Tag nach der Verordnung am persönlichen Abgrund. Deshalb liefen sie los, verließen Neu-Delhi (und andere Städte) fluchtartig. Ein riesiger Strom an Menschen war zu beobachten, die um letzte Plätze in letzten Bussen kämpften oder einfach nur liefen. Gestrandet in der Krise und entwurzelt durch die Ausgangssperre wollten sie alle nach Hause in die Heimatdörfer, da sie dort auf Obdach und Unterstützung hofften.

Auch die Regierung Südafrikas beschloss mehrere Lockdowns. Dies führte auch hier zu existenziellen Nöten, obwohl die landesweiten Ausgangssperren mit einer Reihe von (sozio)ökonomischen Unterstützungsprogrammen begleitet wurden, die sich unmittelbar an die Verwundbarsten richteten. Doch allein schon die Ausgangssperren bedrohten die Sicherstellung des Überlebens, da viele Menschen auch in Südafrika, einem in Afrika eher reichen Land, ihren Lebensunterhalt von einer Woche auf die andere oder sogar von Tag zu Tag erarbeiten. Die Ausgangssperren und andere Maßnahmen machten dies nahezu unmöglich und stellten Millionen von Menschen, die oft eine Vielzahl von Familienangehörigen mit ernähren, vor existenzielle Probleme.

In Bolivien gingen die Sauerstoffflaschen aus, es gab regelrechte „Kämpfe“ um sie. Private Organisationen warben um Spenden um Flaschen zu kaufen und sie an ärmere Menschen zu verteilen. Überfüllte Notaufnahmen gab es zwar auch in den Ländern des Globalen Nordens, doch in manchen Ländern dieses Globalen Südens, vor allem den ärmeren, erhielten viele Menschen keinerlei Zugang zu medizinischen Hilfen. Es gab immer wieder Bilder von Erkrankten, die zuhause oder auf Straßen oder Plätzen starben. Welche Auswirkungen der über ein Jahr andauernde Lockdown öffentlicher Schulen in Uganda haben wird, während private Schulen geöffnet blieben, lässt sich überhaupt nicht abschätzen. Es gibt zudem vielfältige Berichte darüber, dass nach diesen Lockdowns der Schulen im Globalen Süden viele Schüler:innen nicht mehr in die Schulen zurückkamen, vor allem Mädchen.

In vielen Ländern des Globalen Nordens gab es bereits die dritte Impfung zu einer Zeit als viele Menschen

im globalen Süden noch gar nicht geimpft waren. Die reichsten Länder, darunter auch Deutschland, hatten sich fast drei Viertel der global verfügbaren Impfstoffe gesichert. Gleichzeitig erhielten Länder des globalen Südens kaum Zugang zu Impfstoffen. So blieb die Impfquote dort lange sehr niedrig – und ist es auch heute noch. Eine Freigabe der Patente, damit sie im Globalen Süden massenhaft und auch billiger hätten erzeugt werden können, was technologisch sehr wohl möglich war, wurde von Firmen und Regierungen des Globalen Nordens verweigert. Von Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit wurde diese Ungleichverteilung von Impfstoffen auf der Welt als „Impfnationalismus“ skandalisiert.

Was der Ausbruch der Krankheit langfristig zur Folge hat, lässt sich auch heute noch nicht einmal erahnen. Armut, Not und Hunger nahmen jedenfalls zu. Der Ansatz, das öffentliche Leben einzufrieren, stieß bereits in Europa an seine Grenzen; im Globalen Süden führte er zu noch größeren sozialen Verwerfungen. Die Maßnahmen in Ländern des Südens, wie soziale und räumliche Distanzierung, waren letztlich eine unzureichende Kopie des Nordens. Diesen Kopien fehlte im Süden schlicht die Absicherung, die es im Norden gab.

In vielen betroffenen Ländern des Südens gibt es nämlich kaum Systeme sozialer Absicherungen, die den Menschen im Norden zur Verfügung stehen: kein Kurzarbeitergeld, kein Arbeitslosengeld, keine aufwändig entwickelte und leistungsfähige Gesundheitsversorgung; überhaupt sind die Zugänge zu einer erforderlichen gesundheitlichen Versorgung ungleich verteilt und vielen gar nicht zugänglich. Die Länder im Süden konnten keine Rettungsschirme für kleine, mittlere und große Unternehmen spannen, auch nicht für das Gros der Ärmsten, die Tagelöhner.

Die besondere Dramatik im Süden hängt auch damit zusammen, dass im Rahmen der von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds auferlegten Strukturanpassungsmaßnahmen die Gesundheitssysteme in vielen Ländern des Globalen Südens kaputtgespart und privatisiert wurden. So hatte bspw. Malawi als eines der ärmsten Länder bei Ausbruch der Pandemie gerade ein-

mal 30 Intensivbetten für 18 Millionen Einwohner:innen.

Vor diesen Hintergründen fragte Lars Bedurke bereits 2020, und diese Frage stellt sich weiterhin, wie der ökonomische Alltag von Menschen aussieht, die sich in den Ländern des Südens auf keinen Staat verlassen können [15]. Viele Menschen sind dort bis heute überwiegend im informellen Sektor beschäftigt, arbeiten in mehreren Jobs und die Einkommenssteigerungen halten nicht mit den Preissteigerungen mit, sondern liegen oft unterhalb der Inflationsrate. Die Löhne reichten schon vor der Krise nicht immer bis zum Monatsende, Ersparnisse gibt es keine und einige Tage Verdienstausschlag bedeuten unter diesen Bedingungen eine unmittelbare existenzielle Bedrohung.

Gleichzeitig konnten viele Länder Afrikas auf gut organisierte, wenn auch sehr schlichte, gemeindebasierte Basisgesundheitsysteme bauen, welche für schnelle Reaktionen sorgten und im Kontext einer jungen Gesellschaft und eines wärmeren Klimas sowie öffentlicher Unterstützung für Schutzmaßnahmen, welche wohl aus den Erfahrungen der Bekämpfung früherer Pandemien entstanden ist, zu weniger tödlichen Folgen des Virus beitrug [16]. Somit wurde oft davon gesprochen, dass einige afrikanische Länder eine größere Pandemie-Resilienz aufweisen. Diese war wohl tatsächlich im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie ein Vorteil, wiegt aber nur geringfügig die darüber hinaus extrem unzureichende Gesundheitsversorgung zur Bekämpfung von vielen anderen tödlichen Krankheiten wie z. B. Malaria, Cholera oder Aids auf. Es fehlen uns Zahlen und Auswertungen, um eine detaillierte Ursachenanalyse vorzunehmen. Dieser „Luxus“ breiter wissenschaftlicher Erhebungen ist vor allem für die Länder des Globalen Nordens reserviert.

Das Virus traf zwar alle, doch in den Folgen sind eben nicht alle gleich. Es traf vor allem die Elenden, die Verdammten dieser Erde, die Verwundbarsten. Das muss abschließend vor dem Hintergrund der Verletzungen von Menschenrechten diskutiert werden, die als Ergebnis eines ungleichen Verhältnisses zwischen Globalem Norden und Globalem Süden zu identifizieren sind.

Die Pandemie wirkte als Beschleuniger wachsender globaler Ungleichheit – soziale und ökonomische Folgen dauern weiterhin an.



4. Corona und die Verletzung der Menschenrechte

Wenn eines Tages die Geschichte der Covid-Pandemie reflektiert und geschrieben wird, sollte das Versagen vieler Staaten und gesellschaftlicher Institutionen, ihren Menschenrechtsverpflichtungen nachzukommen, ein zentrales Thema sein. Die Pandemie hat auf eine schreckliche Art und Weise verdeutlicht, wie weit die Länder und viele ihrer gesellschaftlichen Institutionen davon entfernt sind, das oberste Menschenrechtsgebot der Nichtdiskriminierung zu erfüllen, den höchstmöglichen Gesundheitsstandard zu erreichen, der allen Menschen überall gleichermaßen zusteht, und die menschenrechtliche Verpflichtung zur internationalen Hilfe und Zusammenarbeit ernst zu nehmen [17].

Wie bislang aus unserer Analyse zu erkennen ist, hat die Corona-Krise aufgrund ihrer katastrophalen menschlichen Auswirkungen eine ganz besondere Menschenrechtsdimension, welche deshalb vor allem für die Soziale Arbeit einen spezifischen Auftrag formuliert: Soziale Arbeit muss sich endlich aus der rein philosophisch-theoretischen Verbundenheit mit den Menschenrechten lösen und diese als Leitlinien in der empirischen Forschung und Praxis gemeinsam mit den am meisten von struktureller Ungleichheit betroffenen Menschen umsetzen und darüber hinaus, aufgrund ihres politischen Mandats, Staaten und die Weltgemeinschaft auffordern, Menschenrechte global, miteinander verbunden und multidimensional zu denken. Die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Menschenrechte bieten Normen und verbindliche Grundsätze, an denen sich die Staaten und Staatenverbünde bei ihren Antworten auf die Pandemie orientieren können und müssen [18]. Werden diese Rechte nicht konsequent eingefordert, verlieren sie in einer kapitalistischen Wettbewerbsordnung ihr Transformationspotenzial.

Dabei ist ein differenzierter Blick wichtig. Die Forderung nach Gleichheit, die sich auch mit dem Narrativ „Die Pandemie trifft uns alle!“ verbindet, unkritisch zu fördern, bedeutet nicht automatisch Gerechtigkeit und Menschenrechte zu unterstützen. Auch wenn die Pandemie global wirkt, sind es gerade die historisch kolonial gewachsenen ungleichen gesellschaftlichen Grundvoraussetzungen und wirtschaftlich ausbeuterischen Verhältnisse zwischen den Weltregionen, welche die Krise für die einen tödlich und für die anderen eingrenzbar macht. Die unterschiedlichen Antworten auf die Krise haben auch gezeigt, dass der ausschließlich von Vorstellungen im Globalen Norden entwickelte medizinische Blick auf die Krise, dem sich vor allem auch die in die globale Wirtschaft besonders gut integrierten südlichen Länder wie Indien, Brasilien, Mexiko oder Südafrika angeschlossen haben, weitere Menschenrechtsverletzungen in Bezug auf das Recht auf Nahrung und weitere Rechte, welche gerade den Schutz zur Erfüllung von Grundbedürfnissen vorsehen, mit sich brachte. Daraus entstanden tiefe soziale Zerwürfnisse, Chaos sowie weitere politische Konflikte.

In Krisensituationen kann der organisierte und funktionale Staat grundsätzlich das Recht auf Gesundheit

schützen und dadurch andere Menschenrechte einschränken, um seiner Sorgfaltspflicht nachzukommen. Das legitime Ziel, die öffentliche Gesundheit zu schützen, darf jedoch weder zu einer übermäßigen Einschränkung anderer Rechte noch zu einer diskriminierenden Behandlung bestimmter Bevölkerungsgruppen führen. Unterschiedliche Bedürfnisse und Lebensrealitäten, welche gerade in der Sozialen Arbeit zentrale Aspekte darstellten, müssen von Anfang an in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Das bedeutet, dass Gruppen mit einer erhöhten Schutzbedürftigkeit nicht weiter aus dem öffentlichen Leben verdrängt werden dürfen, wie es allzu oft vor allem mit Geflüchteten während der Pandemie passiert ist. Diese, wie auch viele andere armutsgefährdete und armutsbetroffene Menschen sind generell einem erhöhten Gesundheitsrisiko ausgesetzt. Viele dieser Menschen haben aufgrund zahlreicher struktureller Ausgrenzungsmechanismen keinen ausreichenden Zugang zum Gesundheitssystem. Diskriminierende Einschränkungen aufgrund bestimmter Identitätsmerkmale müssen dringend vermieden werden und von Sozialarbeitenden identifiziert und gegenüber der Politik im Sinne des Menschenrechtsschutzes aller artikuliert werden [19].

Darüber hinaus ist festzustellen, dass gerade an der Basis gut organisierte Gemeinwesen, wie noch in vielen Ländern Afrikas erkennbar, durch größeren gesellschaftlichen Zusammenhalt einen sozialen Vorteil bei der Bekämpfung von Pandemien mit sich bringen. Diese wiegen zwar leider historisch gewachsene koloniale Ungleichheit und Ausbeutungsstrukturen nicht auf, zeigen uns aber, welches immense humane Potenzial in weniger wettbewerbsorientierten Gesellschaften vorhanden ist. Auch wenn wir in diesem Text überzeugter Weise die notwendige Analyse globaler Ungleichheit und den bedingungslosen Schutz von Menschenrechten für alle im Kontext der Corona-Krise und den politisch-gesellschaftlichen Antworten darauf in das Zentrum rücken, erscheint es uns aus der Perspektive der Sozialen Arbeit unabdingbar festzustellen, dass wir gerade in Bezug auf Gemeinwesenorganisation und soziale Kohäsion sowie dem Umgang mit Krisen viel aus Ländern das Globalen Südens lernen können.

5. Konsequenzen für Soziale Arbeit

Soziale Arbeit kann und muss aus dieser Pandemie ihre Lehren ziehen. Es sind neue Pfade zu finden, die weit über die Zeiten der Pandemie hinausweisen. Diese „Forderung“ ist nicht neu, sie wurde schon öfter angesichts ihrer „Schwachstellen“ der Ökonomisierung, der Fallzentrierung, der evidenzbasierten Praxis und des unverkennbaren Fokus auf Methoden der Verhaltensmodifikation erhoben. Die Erfahrungen mit der Pandemie könnten der Sozialen Arbeit aber, aus einer Analyse dieser Schwachstellen heraus, einen „Möglichkeitsraum“ eröffnen, der einen anderen (verwandelten) Blick zeigen kann. Soziale Arbeit könnte und müsste:

- sich wieder mehr mit strukturellen Ungleichheiten beschäftigen und sich klarer mit den Ursachen und Hintergründen sozialer Probleme, mit deren sozialen,

ökonomischen und politischen Strukturen, auseinanderzusetzen;

- anfangen ihre eher an instrumentellen Methoden orientierte Praxis kritisch zu reflektieren;
- neben dem starken und durch Individualisierungsprozesse ausgelösten Fokus auf Beratungsmethoden und Verhaltensmodifikation wieder vermehrt soziale Räume und Gemeinschaften in den Blick nehmen;
- eine stärkere Orientierung am Sozialen Raum und somit eine Re-Konzeptualisierung von Gemeinwesenarbeit beginnen;
- sich mit ihrem Selbstverständnis einer Menschenrechtsprofession einem aktiven peacebuilding widmen;
- sich stärker internationaler aufstellen und internationale Solidarität stärker betonen;
- ihr politisches Mandat ernstnehmen. Das bedeutet, dass neue nationale und internationale Rechtsinstrumente und -mechanismen erforderlich sind; sie sollten von der Sozialen Arbeit gemeinsam mit anderen sozial- und humanwissenschaftlichen Disziplinen sowie menschenrechtsorientierten sozialen Bewegungen eingefordert werden. Diese Forderungen sollten sich von einem Vertrag über das Recht auf Gesundheit für alle bis hin zu einem Fonds für zivilgesellschaftliches Engagement für das Recht auf Gesundheit, damit in künftigen gesundheitlichen Notfällen – und im täglichen Leben der Menschen – Gleichheit, Gerechtigkeit und Menschenrechte im Vordergrund stehen, beziehen;
- ihre koloniale Vergangenheit aufarbeiten und mit neuem Bewusstsein ihre Curricula, Forschung und Praxis

dekolonisieren. Innovative Beispiele diesbezüglich sind bereits vorhanden, doch die Anstrengungen sind bei weitem ungenügend. Die Basis hierfür ist zunächst eine Offenheit von den sozialen Praxen der Menschen im Globalen Süden zu lernen und das problemindividualisierende, mit globaler Ausbeutung verwobene marktwirtschaftlich ausgerichtete westliche Handeln der Sozialen Arbeit kritisch zu reflektieren.

In Zeiten der Krisen und Katastrophen – der Pandemie, dem Klimawandel, der Kriege, der sozialen und globalen Ungleichheit, des Rassismus und der Zwangsmigration – sollte sich Soziale Arbeit radikaliseren. Eine starke, sich ihrer selbst bewussten und sowohl kritische als auch transformatorische Soziale Arbeit wird benötigt. Sie ist in der Verantwortung, da sie unmittelbar jenes Elend erfährt, das der neoliberale Kapitalismus als herrschendes gesellschaftliches System permanent hervorbringt und in Krisen verdichtet, eine stete und politische Mahnerin zu sein.

Sie sollte dabei nicht nur auf Probleme hinweisen, sondern, zusammen mit weiteren Akteur:innen und sozialen Bewegungen, auch für Visionen einer anderen, auch möglichen Gesellschaft streiten. Hierfür muss sie sich verstärkt als gesellschaftliche Akteurin begreifen, die über Kritik und das Eintreten für Gerechtigkeit und Solidarität einen gesellschaftlichen Umbau einfordert und sich **mit** den Menschen an den Rändern solidarisieren und konsequenterweise ihren distanzierten diagnostischen Blick von außen abstreifen. Das ist mehr als dauerhaft systemrelevant; das ist dauerhaft systemkritisch!

Über die Autoren



Tanja Kleibl

Prof. Dr. phil., ist seit 2018 Professorin für Social Work, Migration and Diversity und seit 2023 Forschungsprofessorin für Partizipative Aktionsforschung an der THWS. Außerdem ist sie „Research Associate“ an der University of Johannesburg.

Ihre Forschungs- und Lehrtätigkeit fördert das Wissen und die Debatte über Diskurse und Konzepte von Entwicklung, Migration und Mobilität, Zivilgesellschaft sowie Governance aus postkolonialen Perspektiven. Ihr Schwerpunkt liegt auf sozialer Entwicklung und Sozialarbeit im Globalen Süden, während sie bei der Analyse von Unterschieden und Auseinandersetzungen im Globalen Norden eine politökonomische Perspektive einbringt. Sie verfügt über 15 Jahre umfassende Praxis- und Forschungserfahrung in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit und Migration.

Ronald Lutz

Prof. Dr. phil., Kulturanthropologe und Soziologe, war von 1993 bis 2019 Professor für „Besondere Lebenslagen“ an der FH Erfurt – Fakultät Angewandte Sozialwissenschaften und ist aktuell Lehrbeauftragter an der FH Erfurt und an der THWS, sowie „Research Associate“ an der University of Johannesburg.

Seine Schwerpunktthemen sind Allgemeine Soziologie, soziale und globale Ungleichheit, Vergesellschaftungsformen, postkoloniale Theorien und internationale Sozialarbeit.

Literatur:

- [1] Brand, U.; Wissen, M. (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München.
- [2] Lutz, R. (2022): Anthropozän und Klimaverwandlung. Skizzen einer „transformativen Sozialen Arbeit“, in: Pfaff, T.; Schramkowski, B. & Lutz, R. (Hrsg.): Klimakrise, Sozialökologischer Kollaps und Klimagerechtigkeit. Spannungsfelder für Soziale Arbeit, Weinheim, S. 370–394.
- [3] Lucke, A. von (2020): Demokratie in der Bewährung (S. 90), in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 5, S. 89–96.
- [4] Hanusch, F.; Leggewie, C.; Meyer, E. (2021): Planetar denken. Eine Einführung, Bielefeld.
- [5] Göpel, M. (2020): Unsere Welt neu denken: Eine Einladung, Berlin.
- [6] Ebd., S. 13.
- [7] Schmidbauer, W. (2020): Corona erleben (S. 21), in: Nassehi, A. & Felixberger, P. (Hrsg.): Kursbuch 203, Über-Leben, Hamburg, S. 8–21.
- [8] Fraser, N. (2023): Kapitalismus als Kannibalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/23, S. 91–102.
- [9] Weiß, A. (2017): Soziologie Globaler Ungleichheiten. Frankfurt.
- [10] Osterhammel, J. (2009): Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts. München; Lessenich, S. (2016): Neben uns die Sintflut. Berlin.
- [11] Lessenich, S. (2016): Neben uns die Sintflut. Berlin; Weiß, A. (2017): Soziologie Globaler Ungleichheiten. Frankfurt, S. 139.
- [12] Weiß, A. (2017): Soziologie Globaler Ungleichheiten. Frankfurt, S. 28ff.
- [13] Brand, U.; Wissen, M. (2017), a.a.O.
- [14] Lutz, R. (2018): Tanzende Verhältnisse, in: Lutz, R. & Preuschoff, S. (Hrsg.): Tanzende Verhältnisse. Zur Soziologie politischer Krisen, Weinheim, S. 9–49.
- [15] Bedurke, L. (2020), in: <https://www.brot-fuer-die-welt.de/blog/2020-die-corona-krise-und-der-globale-sueden/> (zuletzt aufgerufen am 4. 4. 2020).
- [16] Soy, A. (2020): Coronavirus in Africa: Five reasons why Covid-19 has been less deadly than elsewhere. Global Development Commons, in <https://gdc.unicef.org/resource/coronavirus-africa-five-reasons-why-covid-19-has-been-less-deadly-elsewhere> (zuletzt aufgerufen am 22. 04. 2023).
- [17] Gostin, L. O.; Friedman, E. A.; Hossain, S. et al. (2023): Human rights and the COVID-19 pandemic: a retrospective and prospective analysis, in: Health Policy, Volume 401, issue 10371, S. 154–168.
- [18] Deutsches Institut für Menschenrechte (2020): Corona Crisis: Human Rights Must Guide the Political Response, in: https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Position_Paper_Corona_Crisis_-_Human_Rights_Must_Guide_the_Political_Response.pdf (zuletzt aufgerufen am 21. 04. 2023).
- [19] Amnesty International (2021): Coronavirus und Menschenrechte: Forderungen zum Schutz der Menschenrechte in der Pandemie, in: <https://www.amnesty.ch/de/themen/coronavirus/dok/2021/einhaltung-der-menschenrechte-waehrend-der-pandemie> (zuletzt aufgerufen am 22. 04. 2023).